Der Prüfungsbericht ist auf Vorschlag der Vorsitzenden Seite für Seite aufgerufen worden, wobei die Seiten 10 bis 50 (Job-Ticket) zusammen beraten wurden, da es sich um ein zusammenhängendes Thema handelt.

Abg. Görg stellte heraus, das Thema „Job-Ticket“ sei sehr ausführlich und umfassend behandelt worden. Deshalb sei sein Vorschlag, das Thema nochmals zu besprechen, sobald die neuen Entwicklungen für das Jahr 2007 vorlägen.

Abg. Lindenberg teilte die Meinung des Abg. Görg und bat die Verwaltung diese 40 Seiten für eine Vorlage zusammen zu fassen. Darüber hinaus müsse neben den weiteren Bemerkungen auch der Inhalt der Bemerkung auf Seite 28 oben abschließend geklärt werden, da seiner Fraktion insbesondere an einer ordnungsgemäßen Handhabung des Verkaufs des Jobtickets in Hinblick auf die Mitarbeiterin der SPD-Fraktion gelegen sei.

Abg. Müller erhob ebenfalls keinen Einwand, das Thema nochmals aufzugreifen, auch wenn ihm nicht bewusst sei, worauf es noch zu warten gelte. Dann bat Abg. Müller um die Beantwortung einiger Fragen. Ab Seite 15 des Prüfungsberichtes sei ausgeführt, dass für 101 Mitarbeiter/-innen der Kreisverwaltung keine Job-Tickets abgenommen worden seien. Auf seine Frage, ob für diese Mitarbeiter/-innen eine Nachzahlung an den VRS geleistet werden müsse, erklärte Ltd. KVD Carl, dass die Personenzahl nachgemeldet worden sei und nun hierüber verhandelt werde. Er stellte heraus, dass es sich hierbei um eine privatrechtliche Angelegenheit handele und eine Verhandlung deshalb möglich sei.

Abg. Müller bat um Mitteilung, ob diese Problematik ab dem Jahr 2006 behoben sei. Ltd. KVD Carl legte dar, dass das Jahr 2006 bereits abgerechnet sei und derzeit über die Kosten des Job-Tickets für das Jahr 2007 verhandelt würde. Es sei aber angedacht, die Nachmeldungen in diese Verhandlungen einfließen zu lassen. Abg. Müller fragte nach, ob das bedeute, dass das Defizit in 2007 dem in 2006 gleichstünde, da es sich hierbei um einen Schaden der Verwaltung handele, der nicht umgelegt werden könne. Es müsse sich hierbei nicht um einen Schaden handeln, erläuterte Ltd. KVD Carl. Da die Preise für das Job-Ticket Verhandlungssache seien und der VRS am Rhein-Sieg-Kreis als Kunden sehr interessiert sei – es gehe immerhin um ca. 300.000,00 € - könne eine abschließende Beurteilung noch nicht erfolgen.

Weiterhin schlug Abg. Müller vor, die Preise für das Job-Ticket zu differenzieren. Er hielt es für nicht gerechtfertigt, dass Mitarbeiter, die in der Nähe wohnen denselben Preis für das Job-Ticket entrichten müssten wie Mitarbeiter, die weiter entfernt wohnen. Seine Nachfrage bei der Bahn AG habe ergeben, dass eine Monatskarte für die Strecke von Windeck nach Siegburg ca. 199,00 € und für die Strecke von Eitorf nach Siegburg ca. 140,00 € koste. Abg. Müller monierte, dass die monatliche Ersparnis durch den einheitlichen Preis des Job-Tickets nicht gerecht auf die Mitarbeiter verteilt sei.

Auf Seite 50 seien die Preise dargestellt, die für eine Vollkostendeckung nötig seien und die sich auf fast 48,00 € monatlich beliefen. Nach Meinung von Abg. Müller könne die Akzeptanz von Siegburger Mitarbeitern hiermit nicht mehr erreicht werden. Abg. Müller fragte an, wie viele Siegburger Mitarbeiter ein Job-Ticket abgenommen hätten.

Ltd. KVD Carl wies darauf hin, dass sich der Preis des Job-Tickets durch die Einbeziehung der Mitarbeiter der GKD und des Wasserverbandes auf jeden Fall erhöhen wird. Ferner sei weiterhin nur eine Differenzierung nach zwei Dienstorten vorgesehen. Unabhängig von den Wohnorten der Mitarbeiter solle es bei der jetzigen Pauschalierung bleiben. KVOR Nitschke ergänzte, dass 80 von 200 Siegburger Mitarbeitern Inhaber eines Job-Tickets seien.

Die Vorsitzende bat darum, diese Aufschlüsselung ebenfalls in die Vorlage für die weitere Erörterung aufzunehmen. Ferner bemerkte sie, dass durch die Abnahme des Job-Tickets für die Mitarbeiter keine weiteren Kosten zur Benutzung des Parkhauses anfielen. Ltd. KVD Carl fügte noch hinzu, dass die Mitarbeiter verpflichtet seien ihr Job-Ticket für Dienstreisen zu benutzen, so dass dem Kreis hierdurch Kosten erspart würden.

SkB Kuhlmann legte dar, dass das Job-Ticket grundsätzlich eine gute Sache sei. Es müsse aber kostendeckend abgegeben werden. Eine Mitfinanzierung durch den Kreishaushalt dürfe nicht erfolgen. Ferner sollten die Anmerkungen im Prüfungsbericht umgesetzt werden. Zusammenfassend sah SkB Kuhlmann keine Notwendigkeit hierfür eine Sondersitzung anzuberaumen.

Die Vorsitzende stellte klar, dass wegen des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt und wegen der Prüfung der ARGE eine Sondersitzung erfolgen werde. Das Thema „Job-Ticket“ solle dort als

Tagesordnungspunkt aufgenommen werden.

Ltd. KVD Carl bestätigte auf die Frage des Abg. Müller, dass ab dem Jahr 2007 keine Job-Tickets mehr an nicht berechnigte Personen abgegeben werden.

Abschließend wies Abg. Görg noch darauf hin, dass der VRS einen neuen Flyer herausgebe.

Abg. Lindenberg stellte zu Seite 71 des Prüfungsberichtes fest, dass eine Vergabe in dieser Höhe auch dem Bau- und Vergabeausschuss vorgelegen haben müsse. Insofern stelle sich ihm die Frage, in welcher Form diese Vorlage erfolgt sei, wenn das Rechnungsprüfungsamt der Vergabe nicht zustimmen konnte. BTA Grewe führte hierzu aus, dass es sich bei der Vergabe um das Gewerk Heizung, Lüftung, Sanitär bei der Leitstelle handelte. Die Vergabe sei öffentlich ausgeschrieben und die eingegangenen Angebote geprüft und gewertet worden. Die betreffende Firma habe ihr Angebot auf firmeneigenem Briefpapier, welches auf der Rückseite mit deren Allgemeinen Geschäftsbedingungen bedruckt war, eingereicht. Es sei aber vor der Auftragsvergabe vom Fachamt darauf hingewiesen worden, dass die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma keine Anwendung fänden, sondern mit der Auftragsannahme ausschließlich die Vertragsbedingungen des Rhein-Sieg-Kreises gälten. Dies habe die Firma umgehend akzeptiert. BTA Grewe betonte, dass der Unterschied zwischen den Angeboten der günstigsten und zweitgünstigsten Firma ca. 40.000,00 € betragen habe.

Abg. Müller richtete daraufhin die Frage an KVOR Dellbrügge, ob die Fachämter tatsächlich Aufträge entgegen der Entscheidung des Rechnungsprüfungsamtes vergeben können. KVOR Dellbrügge bestätigte dies und erklärte, dass das Rechnungsprüfungsamt keine Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Fachämtern habe. Es könne auf Fehler hinweisen, aber die Entscheidung, ob ein Auftrag dennoch vergeben werde, läge bei der Vergabestelle. Diese würde dann auch das Risiko tragen, wenn andere Bieter, die nicht zum Zuge gekommen seien, Rechte geltend machten. Kreisdirektorin Lohr fügte hinzu, dass unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und den Fachbereichen in den meisten Fällen ausgeräumt würden. Abg. Lindenberg wies darauf hin, dass es bekannt sei, dass man in Regress genommen werden könne und Ausschreibungen unter Umständen auch aufgehoben werden müssten. Er bat darum, dass in solchen Fällen künftig ein kurzer Hinweis darauf gegeben werde, dass das Fachamt und das Rechnungsprüfungsamt verschiedener Auffassung waren.

Zu dem Hinweis auf Seite 75 des Prüfungsberichtes vertrat Abg. Döhl die Meinung, dass ein Generalunternehmer – insbesondere bei einem etwas schwierigeren Gewerk – mehreren Einzelunternehmern gegenüber Vorteile zu bieten hätte. Bei rechtlichen Schwierigkeiten gäbe es in einem solchen Fall keine Probleme, den hierfür Verantwortlichen zu finden, da sich alles in einer Hand befände. Abg. Döhl betonte, dass die Vergaben natürlich im Einzelfall geprüft werden müssten und bei größeren preislichen Unterschieden die Einzelunternehmer vorzuziehen seien, aber auch zu bedenken sei, dass der Preis nicht das einzige Wertungskriterium darstellen müsse.

Abg. Lindenberg bemerkte, dass auf Seite 75 dargestellt sei, dass die Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Messgeräten nur von einer Firma in Deutschland durchgeführt werden könnten. Er gab zu bedenken, dass dies jeglichem Wettbewerb widerspräche. KVD Siegberg erläuterte hierzu, dass es sich hierbei um eine deutsche Firma handelte, die ein französisches Patent habe. Dieses Patent sei für Deutschland anerkannt von der Physikalisch-technischen Prüfanstalt in Braunschweig und in der Tat dürfe nur diese Firma an den Messgeräten arbeiten. Auf Nachfrage des Abg. Lindenberg erklärte KVD Siegberg, dass bei der nächsten Neuanschaffung von Messanlagen eine Ausschreibung erfolgen werde. Die Wirtschaftlichkeit der Angebote werde aber letztlich darüber entscheiden, ob eine andere Firma den Zuschlag erhalte oder wieder die betreffende Firma genommen werde. KVD Siegberg gab zu bedenken, dass durch die Installation verschiedener Messanlagen weitere Kosten verursacht würden. So müssten z.B. verschiedene Fotoapparate beschafft und die Mitarbeiter für die Bedienung verschiedener Geräte geschult werden. Dies müsse alles im Zusammenhang gesehen werden, wenn man auf das wirtschaftlichste Angebot abstelle.